

Zur Problematik der Wirtschaftsreformen 1963–1968 in der ČSSR

Pavel LIŠKA Jan Koval

1. Einleitung

Der vorliegende Artikel will die vorschnellen und absoluten Wertungen der Wirtschaftsreformen in der ČSSR durch eine Untersuchung an konkretem Material relativieren. Es soll dabei keine neue Theorie der Notwendigkeit bzw. der Schädlichkeit von ökonomischen Reformen in den existierenden Gesellschaftsformationen der Länder des sog. Ostblocks entwickelt, noch ein Bekenntnis für bzw. gegen die Reformen abgelegt werden.

Diese Untersuchung beschränkt sich auf eine Darstellung der Entwicklung der Wirtschaftsformen und deren Folgen in der Zeitspanne 1963 bis 1968. Es ist also nicht die Frage nach der Übereinstimmung der tschechoslowakischen Realität dieser Zeit mit irgendeiner Theorie, sondern es ist die Frage nach dem konkreten Verlauf der Realität, d. h. in diesem Fall nach dem Verlauf der Wirtschaftsreformen, ihren Folgen in der Wirtschaft und in dem Bewußtsein von verschiedenen Schichten der tschechoslowakischen Bevölkerung.

Es hat sich schon mehreremale gezeigt, daß theoretische Untersuchungen der Reformtheorien, ohne genauere Kenntnis der konkreten Fakten nur zu mehr oder weniger allgemein bekannten Schlußfolgerungen kommen können, ohne daß diese einen Gewinn für die konkrete politische Arbeit darstellten.

Auf der anderen Seite fällt es den, meistens emigrierten Apologeten der Wirtschaftsreformen leicht, ihnen eine uneingeschränkte Progressivität zu bescheinigen, wenn sie als einzige über genaue Kenntnisse des erforderlichen Materials verfügen.

Weder aber eine rein theoretische Analyse der Wirtschaftsreformen, der es an konkretem Material mangelt, noch die subjektive Auswertung von Kenntnissen und Erfahrungen aus der praktischen Tätigkeit in der ČSSR können die widersprüchliche Bedeutung der Wirtschaftsreformen in der ČSSR erfassen.

Die Wirtschaftsreformen sind zunächst als ein Komplex von wirtschaftsorientierten Aktivitäten zu begreifen, die sich auf drei Ebenen darstellen: auf der Ebene der reinen Theorie, der der Parteibeschlüsse und der der konkreten Praxis. Wenn bei einer Untersuchung der Wirtschaftsreformen diese Trennung nicht eingehalten wird, dann bekommt man notwendigerweise ein falsches Bild von deren Rolle und Auswirkungen.

Da die theoretischen Diskussionen und die Parteibeschlüsse bezüglich der Wirtschaftsreformen im Westen weitgehend bekannt sind, kam es in diesem Artikel besonders darauf an, die Realisierung der Wirtschaftsreformen in der Praxis und die daraus folgenden Konsequenzen zu analysieren. Dadurch wurden auch die zu untersuchenden Quellen bestimmt: außer den Übersichtswerken über den Verlauf der

Diskussionen und der Parteibeschlüsse stand die „Hospodářské Noviny“ – Die Wirtschaftszeitung – die ökonomische Wochenzeitung der ZK KSC im Vordergrund. Leider war es nicht möglich, noch weitere wichtige Quellen heranzuziehen wie z. B. die Gewerkschaftszeitung „Práce“ – Die Arbeit –, oder verschiedene Betriebszeitungen. Es ist jedoch möglich zu behaupten, daß diese fehlenden Quellen das Ergebnis dieser Untersuchung nur noch bestätigen könnten, denn auf den niedrigeren Ebenen des gesellschaftlichen Lebens waren die Widersprüche der Wirtschaftsreformen mehr zu spüren als auf der des offiziellen Organs der Spitzegremien der Partei, wo man immer auf die angewohnte Einheitlichkeit drängte.

Die Untersuchung ist aufgeteilt in eine kurze Darstellung der Hintergründe der Wirtschaftsreformen, Genesis der Wirtschaftsreformen und Schlußfolgerung, in der kurz das Verhältnis zwischen den Wirtschaftsreformen und der radikalen Massenbewegung angesprochen wird.

2. Zum Hintergrund der Wirtschaftsreformen in der CSSR

Um die spezifische Form und den Verlauf der Wirtschaftsreformen in der ČSSR erfassen zu können, ist es notwendig die politische und wirtschaftliche Situation der Tschechoslowakei nach 1948 zu skizzieren.

Im Unterschied zu fast allen anderen Ländern des ‚Ostblocks‘ spielte die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSC) seit den 20er Jahren eine wichtige Rolle in dem offiziellen politischen Leben der CSR. Als eine echte Massenpartei war sie einerseits einem starken Druck der Basis ausgesetzt, andererseits besaß sie notwendigerweise einen so verzweigten Apparat, daß ständig die Gefahr seiner Vselbständigung drohte. Auch wenn die KSC nach der „Bolschewisierung“ 1929 viele Anhänger eingebüßt hatte – hauptsächlich infolge der Politik des Sozialfaschismus der Sozialdemokratie gegenüber – konnte sie durch ihre Widerstandstätigkeit während der faschistischen Okkupation ihren Einfluß wieder vergrößern.

So findet man in den frühen 50er Jahren, d. h. einige Jahre nach der gewaltlosen Machtübernahme, in den Reihen der KSC und oft auch auf wichtigen Posten viele qualifizierte Genossen, Intellektuelle und international erfahrene Kommunisten. Solche Strukturen innerhalb der KSC entsprachen nicht der Stalin’schen Vorstellung von einer Partei, die die Diktatur des Proletariats ‚realisiert‘ und wurden deswegen bald zum Drehpunkt einer „brüderlichen“ Kritik. Eine Veränderung dieser personellen Zusammensetzung innerhalb der KSC war auch eines der Ziele der enorm starken politischen Repression in den Jahren 1950–54, die gegen alle „unzuverlässigen“ Elemente in der Partei geführt wurde.

Die Intensität der Repression hing andererseits von der Tatsache ab, daß die KSC nicht schnell genug den Wechsel der Einstellung zu dem neu gegründeten Staat Israel seitens Moskau mitgemacht hat, wodurch sie als Ganzes in den Verdacht einer „prozionistischen“ Haltung rückte. In dieser Zeit änderte sich auch die ideologische Untermauerung der politischen Prozesse in den anderen Ländern des Ostblocks, indem von der früheren Position des „Antititoismus“ zu der des „Antizionismus“

übergegangen wurde. Die relativ hohe Zahl von Kommunisten jüdischer Abstammung in den Reihen der KSC erschien plötzlich als ihr besonderer Mangel.

Diese Faktoren, zusammen mit der unbegründeten, jedoch allgemeinen Ansicht in den übrigen „brüderlichen“ Parteien, daß die Tschechoslowakei zwar das technisch und strategisch wichtigste, politisch jedoch unzuverlässigste Mitglied der Gemeinschaft sei, bewirkte die vollkommen irrationale Intensität der politischen Prozesse, die auch außerordentlich lange – bis 1954 – andauerten. Im Rahmen der Repression wurde eine große Zahl von Funktionären und einfachen Mitgliedern der KSC verhaftet, ihrer Posten enthoben und aus der Partei ausgeschlossen (1) wo bei es sich in den meisten Fällen um Genossen handelte, die sich durch besondere Aktivität, Erfahrung und Qualifikation von den anderen auf „gefährliche“ Weise unterschieden.

Diese Parteisäuberung, verbunden mit der „Entfernung der bürgerlichen Elemente“ aus dem Leitungsapparat der Wirtschaft seit 1948 hatte zur Folge, daß zwischen 1948 und 1953 200 bis 250 Tausend Beschäftigte des ökonomischen und technischen Apparats, der Administration, der Armee und der Sicherheitsorgane in die Produktion oder Landwirtschaft versetzt und durch linientreue Arbeiter mit ungenügender Qualifikation ersetzt wurden (2). So stand in der Mitte der 50er Jahre, in einer Zeit, in der die ersten ökonomischen Probleme auftauchten, die KSC weitgehend dequalifiziert und eingeschüchtert da.

Schon seit 1951/52 zeichneten sich in der wirtschaftlichen Stagnation die ersten Konsequenzen der bisherigen Wirtschaftspolitik der KSC ab und ab 1953 sogar mit einem Sinken des Lebensstandards der Bevölkerung. Diese unerwartete Verschlechterung wurde seitens der Arbeiterschaft mit Unzufriedenheit und sogar Streiks und Demonstrationen beantwortet (3). Die Stagnation und der Rückgang des Lebensniveaus war eine Folge einerseits des unangemessenen Tempos des Wirtschaftswachstums, das in dem I. Fünfjahresplan vorgesehen war und das nach den ersten zwei Jahren zu einer Verlangsamung des Wachstumstempos der Industrieproduktion sowie des Nationaleinkommens führte, andererseits der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die schon 1951 einen erheblichen Rückgang der Erträge verursachte (4).

Obwohl die Volumen der ökonomischen Entwicklung zunächst relativ schnell wuchsen (vor allem wegen der extensiven Entwicklung hauptsächlich in der bis

-
- 1 Diese Repression richtete sich natürlicherweise auch gegen Nicht-Kommunisten, für die Untersuchung ist jedoch der Wechsel in der Partei von entscheidender Wichtigkeit.
 - 2 Hejzlar, Zdeněk, K politice a vnitřnímu vyvoji KSC po roce 1968 (Zur Politik und der inneren Entwicklung der KSC nach 1968), in: Systémové zmeny, Sborník (Systemänderungen, Sammelband), Köln, 1972, S. 73.
 - 3 Besonders nach der Währungsreform im Mai 1953 fanden in vielen Städten und Unternehmen Streiks und Demonstrationen statt, Vgl. Angaben in: Pelikán Jiří (Hrsg.): Zakáňý dokument. Zpráva komise UV KSC o politických procesech a rehabilitacích v Československu 1949–68, Wien, 1970, S. 15 (deutsch: Das unterdrückte Dossier, Wien, 1970)
 - 4 Ernteerträge in der Tschechoslowakei in t je ha:
Tabelle S. 27 im Ms.

dahin industriell unterentwickelten Slowakei), erwies sich die prioritäre Orientierung der Produktion auf die Import-Bedürfnisse der Sowjetunion für die tschechoslowakische Wirtschaft als äußerst nachteilig. Eine ungünstige „Arbeitsteilung“ innerhalb der COMECON-Länder führte zu einer disproportionalen Zunahme der Produktion in der Abteilung A (Produktionsmittelproduktion) (wobei die Produktion der Abteilung B (Konsumgüterproduktion) nur halb so schnell wuchs wie das Sozialprodukt; eine mangelnde Versorgung der Bevölkerung war die Folge). Aufgrund des hohen Niveaus der tschechoslowakischen Technologie wurde die CSR gegen Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion zur Lieferung von Anlagegütern verpflichtet, sodaß ihre Produktionskapazitäten auf lange Sicht ausgelastet wurden – dies führte wiederum zu einer starken arbeitsintensiven Produktion. Eine Innovation des Maschinenparks und der Technologie überhaupt wurde deshalb kaum durchgeführt (5). Die Folgen waren: Absatz- und Produktivitätsstagnation, hohe Verluste durch Produktion von absatzunfähigen Gütern. Das stark zentralistische und alibistische Planungssystem gewährte der heranwachsenden neuen Generation der technischen Intelligenz keinen Raum für die Einführung neuer Methoden und technologischer Fertigungsweisen in die Produktion. Das Wirtschaftssystem näherte sich der Grenze seines möglichen extensiven Wachstums.

Die Zusammensetzung der KSC nach den Prozessen, durch „Kader“ geprüft, die sich selbst so gesäubert hatten, daß jedes Vertrauen untereinander vollkommen verschwand, verstärkte nur den Alibismus in der Wirtschaftsleitung (denn jede Fehlentscheidung könnte als eine Sabotage gewertet werden), der dem hierarchisch gestalteten bürokratisch-zentralistischen Planungssystem innewohnt. Die KSC der 50er Jahre kann man mit einem harten Dogmatismus und tiefen Mißtrauen allem Neuen gegenüber charakterisieren. Diese historisch entwickelten Eigenschaften der Partei spielten dann eine wichtige Rolle bei den Versuchen einiger jüngerer Mitglieder der KSC das Wirtschaftssystem zu rationalisieren – zu reformieren. Während nämlich in den anderen Ländern des COMECONs Wirtschaftsreformen mittleren Grades ohne größere Schwierigkeiten innerhalb der Parteien über die Bühne liefen, steigerte sich in der CSSR der Fachstreit durch die hartnäckig ablehnende Stellung des alten Parteiapparats in eine öffentliche Auseinandersetzung, die die Grenzen des Nur-ökonomischen und des Nur-parteiischen sprengte und in eine Massenbewegung überging.

✓ In dieser und nur in dieser Hinsicht waren die Wirtschaftsreformen in der CSSR der Impuls, aus dem die Massenbewegung des sogenannten Prager Frühlings hervorging, denn die Ziele und auch die anzuwendenden Mittel der Massenbewegung einerseits und der Wirtschaftsreformen andererseits waren grundunterschiedlich.

5 Sik führt an, daß im Jahre 1963 57% des immer noch verwendeten Maschinenparks praktisch ausrangiert war; vor allem in der Konsumgüterindustrie waren veraltete (in vielen Fällen 60–90 Jahre alte) Maschinen im Betrieb. Ota Sik, *The Czechoslovak Economy Today*, in: Coates, Ken (Hrg.), *Czechoslovakia and Socialism*, Bertrand Russel Peace Foundation, Nottingham, 1969

3. Zur Genesis der Wirtschaftsreformen in der CSSR (Etappen des Kampfes um die Durchsetzung der Wirtschaftsreformen)

1957–62: Verlangsamung des ökonomischen Wachstums – Verschärfung der Widersprüche im zentral-bürokratischen Planungssystem.

Die Schwierigkeiten in der Wirtschaft seit 1953/54 führten jedoch erst Ende der 50er Jahre zu den ersten Versuchen, die wirtschaftliche Situation durch Wirtschaftsreformen zu verbessern.

Die erste Form von Wirtschaftsreformen bestand – entsprechend dem Grundprinzip jeder bürokratischen Wirtschaftsreform – in dem Versuch des bürokratischen Apparats, sich selbst zu dezentralisieren. Diese Dezentralisierung von 1958/59 trug einen rein formalen Charakter, sie sollte nicht die Entscheidungsbefugnisse des Zentrums verteilen, sondern verteilte Ableger des Zentrums entstehen lassen, die ihm seine Kontrollfunktion erleichtern sollten.

Es wurde versucht, mit Hilfe verschiedener Methoden der Förderung der materiellen Interessiertheit einen gewissen Automatismus in die Lenkung einiger ökonomischer Prozesse einzuführen, um die Zentrale zu entlasten und ihr so zu ermöglichen, eine effizientere Perspektivplanung durchzuführen. Diese partielle Reform brachte nicht die erwarteten Ergebnisse und wurde innerhalb von zwei Jahren praktisch zurückgezogen (6). Der Mißerfolg dieses Versuches, das zentral-bürokratische Planungssystem zu rationalisieren, führte zu einer Reaktion, die typisch für die eingeschüchterte KSC war: alles wieder rückgängig machen, zurück zum alten dirigistischen Zentralismus.

Gleichzeitig mit der Festigung des zentral-bürokratischen Planungssystems war man jedoch nicht in der Lage, die anstehenden Rehabilitationsverfahren vom Tisch zu wischen. War man – unter dem Eindruck des ungarischen Aufstandes – noch 1957 der Meinung, daß die „Entstalinisierung“ mit der Revision von 2,6 % aller Prozesse abgeschlossen wäre (7), so wurden in der Vorbereitungsdiskussion zum XII. Parteitag (1962) der KSC Stimmen laut, die nicht nur die Beseitigung von Stalin-Denkmalern unter dem Kampf gegen den Personenkult verstanden wissen wollten, sondern hauptsächlich die Ausmerzung von nichtkommunistischen Methoden und Praktiken in der ganzen Gesellschaft (8).

Im Referat von Novotný am XII. Parteitag im Dezember 1962 wurden die wichtigsten Probleme dieser Periode direkt angesprochen:

- die wirtschaftliche Lage sei ungünstig. Novotný nannte als Gründe:
 - die Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft
 - die Disproportion zwischen Produktion und Verbrauch
 - die ungenügende Ausnutzung der Wissenschaft, Technik und neuer Technologie

6 Vgl. *Politická ekonomie* (Lehrbuch), Prag 1966, S. 372

7 Das unterdrückte Dossier, Hrsg. J. Pelikan, Wien 1970, S. 214 ff.

8 Vgl. *CSSR – Dokumentation und Kritik 1962–1968*, Hrsg. Röhl, München 1968, S. 1

- die zentralistisch-bürokratische Planung sollte gefestigt werden, und zwar sowohl international (sog. sozialistische Arbeitsteilung unter den COMECON-Staaten), als auch im Innern, indem die „Festigung der leitenden Tätigkeiten aller Stufen und eine vollkommenerer Planung und Kontrolle“ (9) gefordert wurden.
- die Parteispitze sah sich gezwungen, von den Prozessen der 50er Jahre Abstand zu nehmen, und wollte ab sofort „die strenge Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit gewährleisten“ (10).

In dieser Periode schien also die wirtschaftliche und politische Lage in der Tschechoslowakei dafür prädestiniert zu sein, den Reformweg der UdSSR oder der DDR nachvollziehen zu können; unter intensiverer Ausnutzung von moderner Technologie und strenger Beibehaltung des administrativen Zentralismus.

1963–64: Wirtschaftliche Krise – Anerkennung der Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen.

Das Jahr 1963 bedeutete für die ČSSR-Wirtschaft eine tiefe Krise (11), die eine grundlegend neue Situation für die Diskussion über die Wirtschaftsreformen geschaffen hatte.

Die Krise wurde wesentlich durch folgende Faktoren verursacht:

zunächst durch die blinde Übernahme des zentralen Planungs- und Leitungssystems sowjetischen Typs, trotz der Tatsache, daß die Tschechoslowakei die Periode der primären Kapitalakkumulation im Jahre 1948 schon hinter sich hatte. Daraus ergaben sich auf der gesamtstaatlichen Ebene bekannte Schwierigkeiten. Vor der Aufstellung des von der Parteiführung beschlossenen Plans mußte die Zentrale eine mühsame und kostspielige Bilanzierung durchführen (in der ČSSR gab es ca. 1,5-Mio. Warenarten). So entstand eine unübersichtliche Menge von Kennziffern, Anweisungen etc., die an Betriebe weitergeleitet wurden. Darauf folgte eine schwerfällige administrative Kontrolle der Planerfüllung. Die administrativ festgesetzten Preise hatten weder Bezug zu der inländischen Arbeitsproduktivität, noch zu den Weltmarktpreisen. Die Entwicklung der administrativ festgesetzten Schwerpunktzweige der Abteilung A (wie Metallurgie, Maschinenbau) wurde in einem Maß forciert, das ein harmonisches Wirtschaftswachstum nicht ermöglichte. In den nicht präferierten Industriezweigen (z. B. Textilindustrie) wurde mit einem unglaublich veralteten Maschinenpark gearbeitet, es gab nicht genug Ersatzinvestitionen. Auf der anderen Seite vermehrten sich ständig die unabsetzbaren Güter und Zwischenprodukte. Es dauerte jahrelang, bis sich die Wirkung der nicht optimalen Investitionspolitik durchsetzte, weil die Investitionszyklen langfristige sind und weil die zentrale Planungsbehörde trotz der Kontrolle auf allen Ebenen immerhin sehr oft verzerrte Informationen von verschiedenen untergeordneten Instanzen bekam.

Die Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten auf der betrieblichen Ebene wur-

9 ebenda, S. 4

10 ebenda, S. 7

11 Jahreszuwächse einiger Indizes in %:
Tabelle Ms, Seite 28

den von Ellmann (12) in neun Punkte zusammengefaßt:

- Pläne für die Unternehmen kamen oft zu spät, waren unrealistisch und widersprüchlich.
- Die Versorgung mit Material und Rohprodukten war unzuverlässig, was oft zur Eigenproduktion von fremden Produkten oder zur Hortung von Material führte.
- Keine Institution sorgte für eine Kontrolle der Brauchbarkeit der hergestellten Produkte
- Die Erfüllung des Plans wurde an Erreichung bestimmter Produktionsziele gebunden, was zu Verzerrungen in der Produktion führte.
- Um niedrig eingesetzte Pläne zu erhalten, täuschten die Betriebe Angaben über ihre Kapazität und Kosten vor.
- Betriebe lehnten grundsätzlich jede Neuerung ab, denn sie bedeutete nur Komplikationen.
- Die Eile bei der Planerfüllung vor dem Jahresende beeinträchtigte die Qualität der Produkte.
- Die Subjektivität der Planung.
- Unternehmen forderten weiteres fixes Kapital an, ohne daß dieses an künftige Erträge gebunden wäre.

Bei der Erklärung der Krise kann man nicht die internationalen Faktoren ausklammern, wobei die Trennung der Faktoren nur der Übersichtlichkeit wegen erfolgt.

Im Laufe der 50er Jahre wurde die erste Etappe der Industrialisierung in den anderen osteuropäischen Staaten abgeschlossen, so daß die tschechoslowakische Industrie ihre Quasi-Monopolstellung auf den ursprünglich sicheren Absatzmärkten verlor. Einerseits fingen diese Staaten an, einen Teil ihrer Investitionsgüterimporte mit den qualitativ besseren Erzeugnissen aus den kapitalistischen Ländern zu decken (13), andererseits war es ihnen nunmehr möglich, mit der tschechoslowakischen Industrie zu konkurrieren (14).

Einen besonderen Nachteil für die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft bedeutete der Konflikt zwischen der KPdSU und der chinesischen KP. So wurden die Exporte in die VR China zwischen 1960 und 1961 um mehr als 300 % gesenkt, in demselben Zeitraum fielen die Importe aus China um mehr als 150 % (15).

Während der 50er Jahre wuchs zwar die Arbeitsproduktivität ständig, aber aus Gründen, die bereits behandelt wurden, blieb dieser Zuwachs immer noch hinter dem der hochentwickelten kapitalistischen Länder zurück. Das bedeutete sich ständig vergrößernde Verluste für den tschechoslowakischen Außenhandel.

Obwohl die Krisenerscheinung in den Jahren 1963/64 fast in allen COMECON-Staaten auftrat (nirgendwo aber so stark wie in der CSSR), findet man keine

12 in: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Rotbuch 11, Berlin 1972, S. 16 ff.

13 Borin/Ploggen, Management und Selbstverwaltung in der CSSR, Rotbuch 4, Berlin 1970, S. 20

14 B. J. Page, The Czechoslovak reform Movement, Amsterdam 1973, S. 31

15 ebenda, S. 31

Bestrebung, diese Probleme gemeinsam zu lösen, oder die entstehende Diskussion über die Wirtschaftsreformen zu koordinieren. Dies ist jedoch verständlich, wenn man sich klar macht, daß jede koordinierte Diskussion innerhalb der Ostblockstaaten notwendigerweise die „sozialistische Arbeitsteilung“ zum Gegenstand haben müßte, was der Kreml-Führung äußerst unangenehm hätte sein müssen.

Diese erste echte Krise in der tschechoslowakischen Wirtschaft eröffnete den Weg für die Durchsetzung der Wirtschaftsreformen. Die kritischen Stimmen innerhalb der KSC von Seiten der Fachleute waren nicht mehr – wie bisher – durch die Spitze des bürokratischen Parteiapparats zu stoppen, denn diese Krise gefährdete unmittelbar die Herrschaftsgrundlage des Apparats selbst.

Seit 1963/64 kann man eine langsame Durchsetzung der Wirtschaftsreformen in der CSSR beobachten, die in drei Stufen erfolgte:

- auf der theoretischen Ebene, als eine grundsätzliche Kritik an der bisherigen Wirtschaftstheorie und -politik der Partei
- auf der Ebene der Parteibeschlüsse, die als Resultate der inneren Kämpfe in der Partei zu werten sind
- auf der Ebene der praktischen Realisierung der Wirtschaftsreformen, die gesamtgesellschaftliche Konsequenzen mit sich brachte.

Die Wirtschaftsreformen 1963–64

In dieser Periode bewege sich die Reformtätigkeit auf den ersten zwei Ebenen: der der theoretischen Verarbeitung und der der Parteibeschlüsse.

Die theoretische Diskussion über die Wirtschaftsreformen in dieser Zeit wurde weitgehend isoliert in den ökonomischen Fachzeitschriften (*Hospodářské noviny*, *Plánované hospodářství*, *Politická ekonomie* usw.) geführt. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt war eine Kritik an dem bisherigen d. h. stalinschen Verständnis der polit-ökonomischen Kategorien. Von der Kritik an der zentral-bürokratischen Form der Planung d. h. an den oben beschriebenen und nun „plötzlich“ erkannten Mißständen des bürokratischen Planungssystems, kamen einige, sich „objektiv“ gebende Wissenschaftler schnell zur generellen Ablehnung der zentralen Planung, als der Quelle aller wirtschaftlichen Mißstände in der Volkswirtschaft der CSSR.

Während am Anfang der Diskussionen (bis Ende 1963) nur sehr vorsichtig über die Einführung und Erweiterung der „materiellen Interessiertheit“ gesprochen wird und die Kategorien „Wert“ und „Profit“ nur selten und am Rande als Kontrollindex erwähnt werden, werden nach der Veröffentlichung eines Artikels von Sik am 22.11.1963 im *Rudé Právo* die Kategorien „Markt“, „Marktverhältnisse“, „Angebot-Nachfrage“, usw. zu Grundbegriffen des polit-ökonomischen Vokabulars. Es entsteht unter den meisten ökonomischen Fachleuten eine weitgehende Einigkeit darin, daß es notwendig ist, die Rolle des zentralen Plans zu schwächen und die Bedeutung des Wertgesetzes anzuerkennen, d. h. die „sozialistische Warenproduktion“ einzuführen.

Um den Stand damaliger Theorie der Wirtschaftsreformen in etwa zu zeigen,

sei stellvertretend Ota Sik zitiert: „Die Ökonomen (. . .) betrachten die sozialistische planmäßige Entwicklung als Entwicklung einer sozialistischen Etappe, der völlig organisch eigene Warenbeziehungen zwischen allen relativ selbständigen Wirtschaftseinheiten angehören. Wertkategorien, Preise, Brutto- und Nettoeinkünfte, Löhne, Prämien usw. besitzen durchaus nicht nur evidenzmäßige, unmittelbar verteilende Funktionen. Sie sind der Ausdruck bestimmter, objektiv noch nicht zu beseitigender Widersprüche in der gesellschaftlichen Produktion und müssen zur Lösung dieser Widersprüche beitragen . . . Es handelt sich um Gegensätze zwischen gesellschaftlichen, Gruppen- und individuellen Interessen, zwischen den Interessen der Lieferanten und Abnehmer, der Produzenten und Konsumenten“ (16).

Während in der Theorie die Wertkategorien ihre volle Rehabilitation erfahren, ist die offizielle Formulierung der gleichzeitigen und wirtschaftsorientierten Parteibeschlüsse viel vorsichtiger. Unter dem ökonomischen Zwang der Situation sah sich das ZK der KSC gezwungen am 21. und 22. Januar 1964 in Prag eine Sitzung zusammenzurufen, auf der folgende Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft – unter anderen – verabschiedet wurden:

1. Liquidierung aller unrentablen Produktionskapazitäten. Als Anfang sollten im Verlauf des Jahres 162 Unternehmen stillgelegt werden. Dies bedeutete eine Umdisponierung von ca. 15 000 Arbeitskräften
2. Durch Rationalisierung sollte die Industrie auf den Stand der meisten fortgeschrittenen Länder gebracht werden.
3. Die Löhne sollten aufgrund des verschiedenen Beitrages zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt stärker als bisher differenziert werden.
4. Die Differenzierung sollte mittels Prämien auf Grund realer Leistung erfolgen.
5. Das Kriterium für Gehälter der leitenden Angestellten sollte nunmehr das reale Betriebsergebnis, und nicht die quantitative Kennziffer sein (17).

Damit man jedoch diese wirtschaftlichen Zugeständnisse der Partei nicht fälschlicherweise als eine Zustimmung zur allgemeinen Kritik an der bisherigen Politik verstünde, nahm das ZK gleichzeitig eine ablehnende Stellung zu „bestimmten Erscheinungen im kulturellen und politischen Leben ein“ (18).

Am 7.2.1964 trat dann die Regierung zusammen, um die Direktiven zu diskutieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Beschlossen wurde:

1. Das Volkseinkommen neu zu verteilen.
2. Es werden flexiblere Preise eingeführt.
3. Die Mieten und Sozialleistungen müssen den neuen Bedingungen angepaßt werden.
4. Das Verwaltungspersonal in der Industrie muß entsprechend abgebaut werden (19).

16 Tschechoslowakische Gewerkschaften, Juli 1964, zit. nach CSSR-Dokumentation, (FW 8), S. 58

17 CSSR-Dokumentation, (FW 8), S. 46 f

18 ebenda

19 ebenda

Das waren Beschlüsse und Direktiven; in der Praxis wirkte jedoch das alte zentralbürokratische Planungssystem des sowjetischen Typus weiter (20).

Neben der Kritik am Bürokratismus in der Wirtschaftsführung lief die Kritik am „Personenkult“ weiter. Und ähnlich wie im Wirtschaftssektor, wo man die Unzulänglichkeit des alten Leitungssystem offiziell zugeben mußte, gleichzeitig aber die Realisierung der WR in der Praxis blockierte, gab die politische Führung der KSC im politischen Bereich zwar zu, daß es in der Vergangenheit zu Übergriffen gekommen war, die konkreten Rehabilitationsverfahren wurden jedoch verschleppt und hinausgezögert. Denn trotz der personellen Veränderungen (Entlassung von Bacílek, Urválek, Köhler, Slavík u. a. im März 1963) wurden die meisten der leitenden Posten im Staats-, Partei- und Wirtschaftsapparat von Funktionären bekleidet, die noch unter Stalin bei den politischen Prozessen der frühen 50er Jahre aktiv mitgewirkt hatten.

In der Parallelität und durch den selben Ausgangspunkt der beiden Kritiken an der bisherigen Weise vom „Aufbau des Sozialismus“ (wirtschaftlich und politisch) lag von Anfang an die Annahme nahe, die Überwindung des Personenkults und die Überwindung des „Plankults“ (Selucký, 1963) aufeinander zu beziehen und als untrennbar zu betrachten. Diese künstliche Koppelung spielte später eine nicht unwichtige Rolle bei der Aktivierung der Öffentlichkeit für die Wirtschaftsreformen und bei ihrer Zurückdrängung während der Auswirkungen der Nachteile, die durch die Einführung der WR 1967/68 entstanden waren. Denn die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung schloß sich spontan jeder Kritik an der Bevormundung im politischen und kulturellen Leben durch den Parteiapparat an.

1965–66: Kampf um die Realisierung der WR

In dieser Periode wurden die Grundlagen der Wirtschaftsreformen durch die KSC beschlossen und die ersten wirtschaftlich-politischen Maßnahmen praktisch durchgeführt (21).

Während in der vorangegangenen Periode (1963/64) die theoretische Diskussion als die erste Reaktion auf die Wirtschaftskrise zu verzeichnen war, der erst einige – zwar sehr allgemeine, aber reformfreundige – Beschlüsse der Partei folgten, bewegte man sich nun weitgehend auf der Ebene der Parteientscheidungen, d. h. auch der Kämpfe innerhalb der Partei.

Auf der Plenarsitzung des ZK KSC am 27.–29. Januar 1965 wurde ein Entwurf Šiks „Über die vorgeschlagenen Grundsätze zur Vervollkommnung des Planungssystems der Volkswirtschaft“ angenommen. Dieser Entwurf legte grob die Aufgaben der zentralen Planungsinstanzen fest und nannte Räume in der Wirtschaft, die für die Wirkung des Marktgesetzes offenstehen sollen:

20 Vgl. Kosta/Sláma, *Ekonomická reforma a českol sovenské hospodárstvi* (Ökonomische Reform und die tschechoslowakische Wirtschaft in: *Systémové zmeny*, a.a.o. (Fn 2), S. 109

21 Vgl. ebenda

Die zentrale Leitung sollte:

- wissenschaftlich unterbaute Volkswirtschaftspläne (einen langfristigen 10–15-Jahre, Fünfjahrespläne und ein- bis zweijährige Pläne) ausarbeiten und entscheiden.
- über die grundlegenden Proportionen der Produktion, über die Aufteilung des Nationaleinkommens in Akkumulation und Verbrauch, über die Proportion zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion, sowie über die Entwicklung des Lebensstandards,
- über die Hauptrichtung der Entfaltung der Produktivkräfte,
- über die ökonomischen Instrumente der Leitung, über Preise und Löhne, sowie über Finanz- und Kreditpolitik entscheiden

Folgende Maßnahmen sollten eine *Selbständigkeit der Betriebe* schaffen:

- das materielle Interesse der Unternehmen sollte mit den tatsächlichen Wirtschaftsresultaten verknüpft und nicht nur an die Erfüllung der Kennziffern des Plansolls gebunden werden
- die Gesamtentlohnung eines jeden Werktätigen sollte von den Ergebnissen seiner Arbeit und in einem gewissen, differenzierten Maß von den Wirtschaftsergebnissen des Unternehmens abhängen
- die bisherige Praxis der Gestaltung der langfristig festen Preise sollte durch eine elastische, planmäßig geregelte Preisbewegung . . . ersetzt werden. (Die Zentralorgane sollten einerseits Festpreise, andererseits Limitpreise festsetzen)
- der Außenhandel sollte staatliches Monopol bleiben; die Preise, die auf dem Auslandsmarkt erzielt werden, sollten jedoch Einfluß haben auf die Gewinne der Unternehmen
- es sollten Maßnahmen, die zur Abschwächung unerwünschter Folgen von Monopolproduktion führen, getroffen werden
- ausdrücklich wurde hervorgehoben die Notwendigkeit einer Erweiterung der Befugnisse und der Verantwortlichkeit der Fachdirektoren und der leitenden Mitarbeiter (z. B. Erweiterung der Befugnisse bezüglich der Entscheidungen über die Auswahl von unterstellten Mitarbeitern usw.)
- Wichtige Aufgaben sollte die Staatsbank erfüllen, die nach dem Prinzip der Rentabilität und Rückerstattung Kredit gewähren sollte (22).

So der Beschluß, der einen Kompromiß zwischen der von Sik verlangten Einführung von Marktmechanismen unter den Unternehmen und dem Beharren der Funktionäre um Novotný am zentral-bürokratischen Planungssystem darstellte. Dieser Kompromiß unterschied sich in *dieser Form* kaum von der gemäßigteren Reformmodellen in der UdSSR oder in der DDR (lediglich die Preispolitik weicht ab).

Entsprechend der Terminplanung wurden einige Punkte dieses Beschlusses in die Praxis umgesetzt, wie vorgesehen, zuerst experimentell und nur in ausgewählten Betrieben. Die Realisierung aller Hauptprinzipien der Wirtschaftsreformen war für das Jahr 1966 geplant.

1965 wurden in 400 Betrieben einige Elemente der Wirtschaftsreformen ausprobiert. Es handelte sich um die Einführung der materiellen Interessiertheit und um die Aufhebung der Direktiven für Produktion und Distribution. Im Rahmen der Rentabilitätsbestrebungen wurden in den Jahren 1964/65 insgesamt 1 300 Produktionseinheiten mit 33 000 Beschäftigten geschlossen (23).

Auch die Gewerkschaften partizipierten an den Tendenzen der Wirtschaftsreformen und organisierten seit 1965 die sog. Produktionskomitees, in denen auf *betrieblicher Ebene* die Interessenvertretung der Werktätigen vollzogen wurde (24). In diesen neuen organisatorischen Aktivitäten der Gewerkschaften kann man eine neue „reformistische“ Funktion der Gewerkschaften erkennen: die Gewerkschaften sollten nicht mehr, wie bisher, nur als ein „Transmissionsriemen“ funktionieren, der den Fluß der Direktiven des Parteiapparats nach unten unter die Massen gewährleistet, sondern sie sollten das „herrschaftlich-kybernetische System intendierter Selbstregulierung des neuen ökonomischen Modells“ (25) unterstützen.

Ab 1966 wurden weitere Elemente der Wirtschaftsreformen eingeführt, worunter die Umgestaltung der Einzelhandelspreise als die wichtigste Maßnahme zu bezeichnen ist. Ähnlich wie in Ungarn (im Unterschied zu UdSSR und DDR) ging man zu einem drei- bzw. vier Kategorien erfassendem Preissystem über (26):

Tabelle Ms. seite 15

Nach Aussage von Ota Sik sollten am Ende der Reform durchschnittlich 40 % aller Preise frei sein.

Gleichzeitig wurde eine Teilumstrukturierung der Großhandelspreise durchgeführt und zwar so, daß Festpreise 64 %, Limitpreise 29 % und Freie Preise 7 % ausmachten. Es wurde dabei eine 3 %ige Erhöhung der Preise geplant – in Wirklichkeit machte sie jedoch 4,1 % aus (27).

Die materielle Interessiertheit der einzelnen Betriebe wurde durch ein *Gewinnanteilsystem* initiiert: im Jahre 1966 rechnete man mit einem Gewinnanteil am Bruttoeinkommen des Unternehmens von 2 % des gesamten Arbeitslohnes; dieser Anteil sollte schrittweise gesteigert werden und zwar bis 1970 auf 8 % (28).

Wie man feststellen kann, blieb die *Realisierung* der Wirtschaftsreformen weit hinter den Beschlüssen des ZK zurück. Gegen die vollständige Relaisierung wirkten nämlich viele objektive und subjektive Faktoren. Zu den objektiven Hindernissen gehörte, nach Kosta und Sláma, z. B., die bisherige Produktionsstruktur, die

23 Vgl. Rudé právo (RP), v. 24. März 1966

24 Im Jahr 1966 gab es mehr als 5 500 solcher Komitees mit mehr als 50 000 Mitgliedern. Vgl. RP v. 1.12.1966

25 Vgl. Altwater/Neusüss, Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation, in: Neue Kritik, 51–52, Frankfurt/M, 1969. Unter diesem Aspekt muß man auch die Konzeption der Räte der Werktätigen sehen, die von Sik u.a. ab 1968 intendiert wurden.

26 Es ist darauf hinzuweisen, daß diese Umgestaltung der Einzelhandelspreise zum 1.1.1967 teilweise zurückgenommen werden mußte, um nicht die breiten Massen der Bevölkerung gegen die Wirtschaftsreformen aufzuhetzen.

27 Vgl. Hospodárské noviny (HN), Prag, Jg. 7, 1967, S. 4

28 Kosta, Meyer, Weber, Warenproduktion im Sozialismus, Frankfurt a. M, 1973, S. 208

wirkenden Preisrelationen, die Preisdiziplin, die Monopolstellung von Güterliefernden Unternehmen und das fiskusorientierte Steuersystem. Subjektive Hindernisse sieht man in der Einstellung einiger Funktionäre und Wirtschaftsarbeiter zu den Wirtschaftsreformen, die gewährt waren, nach Direktiven von oben zu arbeiten (29). Dazu kam noch die Tatsache, daß die breiten Schichten der Werktätigen den Wirtschaftsreformen ziemlich lax gegenüber standen, d. h. sie waren nicht abgeneigt, wenn man über besseren Konsum sprach, sie standen jedoch mißtrauisch den Veränderungen in Betrieben gegenüber (30).

Währenddessen hat sich die wirtschaftliche Situation verbessert: dies ist jedoch weder auf eine „natürliche“ Überwindung der Schwierigkeiten des alten zentral-bürokratischen Planungssystems, noch auf die Einführung der Wirtschaftsreformen zurückzuführen. Hauptsächlich war es der Produktionszuwachs in der Landwirtschaft, wo dank der guten Wetterbedingungen hohe Erträge erzielt werden konnten, die die Steigerungsrate des Nationaleinkommens (9,2 %) erlaubten (31). Der Zuwachs in der Industrie ist trotz (oder dank?) der Wirtschaftsreformen nur von 64 % durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität gedeckt, was einen Rückgang von 11 % zum Vorjahr bedeutete (32).

Die Einstellung verschiedener sozialer Schichten zu den Wirtschaftsreformen ist in dieser Periode ungefähr folgende: die ziemlich uninformierte und weitgehend gleichgültige Mehrheit der Werktätigen spürte noch keine Konsequenzen der Wirtschaftsreformen und reagierte deswegen kaum; sie schloß sich jedoch jeder Kritik an der bisherigen Herrschaft der Partei an und war deshalb den Wirtschaftsreformen nicht abgeneigt; die große Gruppe der Partei-, Staats- und Wirtschaftsbürokraten, die weitgehend unqualifiziert waren und ihre Stellungen nur dank ihrer Loyalität dem Parteiapparat gegenüber bekamen, war gegen jede Art von Reformen, denn diese machten eine Verbesserung der Qualität der Leitungskader erforderlich (33); die jüngere technische Intelligenz, die einerseits alle besseren Posten schon fest besetzt vorfand und andererseits die Qualität der bisherigen Wirtschaftsleitung beurteilen konnte, diese Gruppe, nämlich das neue Management, war für die Wirtschaftsreformen. Zu dieser technischen Intelligenz stieß auch ein Teil der sog. humanistischen Intelligenz, die der Meinung war, daß die Wirtschaftsreformen notwendigerweise mit einem Mehr an wissenschaftlicher und künstlerischer Freiheit verbunden sein müssen (vgl. Selucký u. a.), der jedoch – wie sich später noch zeigte – nicht unbedingt für die Wirtschaftsreformen, wohl aber für die politischen Reformen, oder sogar für eine radikale Demokratisierung der Gesellschaft eintrat.

Die ungenügende Realisierung der Parteibeschlüsse bezüglich der Wirtschafts-

29 Kosta/Sláma, (Fn 20), S. 114

30 Vgl. Artikel in: Literární noviny, Prag, v. 28.5.1966

31 Vgl. z. B. Kosta/Sláma, (Fn 20), S. 114

32 Vgl. HN (Fn 27), Nr. 7, 1967, S. 4

33 Im Jahr 1963 hatten von 11 941 Betriebsdirektoren und ihren Vertretern nur 2 822 Hochschulbildung, d. h. circa einer von fünf. 2 265 von diesen „Managern“ hatten nur eine Grundschulausbildung. Angaben nach: Sik: Czechoslovak Economy Today, (Fn 5), S. 182

reformen hatte zur Folge, daß die Diskussion in den Wirtschaftszeitschriften einen viel schärferen und offeneren Ton bekam. Gemessen am Ziel der Reformen d. h. an der Einführung der „objektiven Wertkategorien“ in die Wirtschaft, waren die realisierten Wirtschaftsreformen von 1966 ein harmloser Anfang (34).

Gleichzeitig (ab 1965) sprang die Diskussion, ursprünglich ausschließlich über die Wirtschaftsreformen geführt, auf andere Gebiete über, die nicht mehr nur die Wirtschaftsproblematik beinhalteten (35).

In der Diskussion konnte man zwei Tendenzen unterscheiden:

- einerseits handelte es sich um eine technokratische Kritik des bisherigen offiziellen dogmatischen Denkens, die in ihrer positiven Formulierung im Richta-Report (beendet 1966) gipfelte und die man als eine Ideologie einer technokratischen Modernisierung des bisherigen Herrschaftssystems einer Minderheit über die ganze Gesellschaft (wenn auch im Namen der Arbeiterklasse) bezeichnen kann. Im Endeffekt sollte die bisherige Herrschaft der unqualifizierten Parteibürokraten durch eine Herrschaft der höchstqualifizierten Wissenschaftler ersetzt werden
- eine Vorstellung, die auf dem Glauben basierte, die Wissenschaft sei ein Ausdruck der objektiven Erkenntnis ohne jede Beimischung subjektiver Interessen, und deswegen sie sie imstande, alle Probleme objektiv d. h. für alle optimal zu lösen.
- andererseits konnte man aber – wenn auch seltener – Beiträge finden, die eine radikale politische Kritik des bisherigen Gesellschaftssystems und seiner Ideologie anstrebten (36). Die Radikalität bestand darin, daß man – im Unterschied zu der elitären technokratischen Kritik – eine Demokratisierung der ganzen Gesellschaft durch die Einbeziehung der breiten Massen in die Entscheidungsprozesse erreichen wollte.

Das Übergreifen der offiziellen, d. h. parteilichen Kritik am bisherigen System vom wirtschaftlichen Gebiet auf das Feld des allgemeinen gesellschaftlichen Lebens war auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- der „Fraktionskampf“, wie man den Kampf um die Wirtschaftsreformen gegen die unqualifizierten Bürokraten bezeichnen kann, zerschlug den Monolithismus der Partei und gab auch anderen Parteimitgliedern (natürlich ab einer bestimmten hierarchischen Stufe) die Möglichkeit, in ihren Fachgebieten zu diesem Streit Stellung zu nehmen

34 Vgl. *Plánované hospodárstvi* (Zeitschrift), Prag, z. B.: Kouba/Sokul/Turek, *Nova soustava rizni a rust ceskoslovenskeho hospodarstvi*, Nr. 10, 1966, S. 1 ff

35 Vgl. z. B. Tomásék, *Vztah filosofie a ekonomie a Nové zásady rizeni* (Die Beziehung zwischen Philosophie und Wirtschaft und die Neuen Leitungsprinzipien) in: *Plánované hospodárstvi* (Fn 34), Nr. 23, 1965, S. 2: „Die Unterschiede zwischen dem, was von den Wirtschaftsreformen 1966 realisiert worden ist und ihrem Ziel sind viel größer als diejenige zwischen der Reformen von 1966 und dem bisherigen System“.

36 Vgl. z. B. J. Strinka, *Verschärfter Dogmatismus und revolutionäre Dialektik*, in: *Nase teme* 12/1965 (Zagreb), zit nach Hillmann, *Selbstkritik des Kommunismus*, Hamburg 1967, S. 221 ff

- die Verzögerung der Realisierung der geplanten Wirtschaftsreformen, die durch den Widerstand eines Teils des Parteiapparats entstand, führte die Diskussion so weit, daß sie die Totalität des gesellschaftlichen Geschehens hat anfangen reflektieren zu müssen.
- die Reformer versuchten bewußt, andere Fachleute-Parteimitglieder für sich, d. h. für die Wirtschaftsreformen zu aktivieren
- man hat gesehen, daß die Masse der Werktätigen ziemlich lax auf die Wirtschaftsreformen, jedoch sehr aktiv auf Reformen in anderen Bereichen reagierte und deswegen auf diese zu sprechen kam.
- konkreter Einfluß des jugoslawischen „Sozialismus“
- das Interesse der Slowaken, mehr eine Reform in Richtung Föderation (d. h. politische Reform) als Wirtschaftsreformen durchzuführen (37).

Unter diesen Umständen, in denen mit der Zeit die Position der Reformer nur stärker werden konnte, bestätigte der XIII. Parteitag (Mai/Juni 1966), daß die Anerkennung der Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen zur offiziellen Linie der KSC geworden ist.

1967–68: Realisierung der Wirtschaftsreformen und deren Auswirkungen

Mit dem Erlaß v. 1.1.1967 wurden Anfang des Jahres 1967 folgende wichtige Elemente der Wirtschaftsreformen realisiert (38):

1. Reform der Großhandelspreise mit dem Ziel sie zu „objektivieren“.
2. Einführung von einheitlichen Produktionsabgaben, die als „objektiver Maßstab“ fungieren sollten
3. Dezentralisierung des Investitionsaufbaus nach dem Prinzip der ökonomischen Kalkulation einzelner Betriebe
4. Anpassung der inländischen Preise an die Preise auf dem internationalen Markt mittels Transformationskoeffizienten.

Von dem wirtschaftlichen Reformprogramm wurden damit alle Elemente der Wirtschaftsreformen realisiert – außer der *Liberalisierung der Preisentscheidungen* und der *Auflösung von administrativen Monopolen* in Produktionsbereichen (39).

Laßt uns diese Reformmaßnahmen nach ihrem Inhalt und Auswirkungen genauer ansehen:

Die Reform der Großhandelspreise (GHP) beinhaltete eine Erhöhung der GHP gegenüber ihrem Stand 1966 durch bestimmte Koeffizienten (es handelte sich um 16 000 Koeffizienten, aufgeteilt in 3 500 Gütergruppen) (40).

Gleichzeitig wurde jedoch eine gewisse Antireform durchgeführt; nämlich im

37 Vgl auch die Konsequenzen der Wirtschaftsreformen von 1967 – Benachteiligung der slowakischen Betriebe

38 Nach Kosta/Sláma, (Fn 2), S. 116 f

39 ebenda

40 Vgl HN, (Fn 27), 10/1968, S. 4

Bereich der Einzelhandelspreise wurde der Anteil der freien Preise reduziert von 15 % (1966) auf 13 % (1967) (41). In der Industrie blieben nach der Maßnahme vom 1.1.1967 69 % aller GHP fest, 24,4 % Limit- und 4,1 % freie Preise. Von der ursprünglich vorgesehenen GHP-Preiserhöhung von ca. 19 % gegenüber 1966, kletterte die Steigerungsrate im Laufe des Jahres 1967 auf durchschnittlich 29 %, maximal jedoch sogar auf 52 % (42).

Die Folgen waren schwerwiegend: diese, rein rechnerisch erzielte Preiserhöhung brachte allen *Lieferbetrieben* (43) sehr hohe Gewinne, ohne daß diese selbst mehr oder besser produziert hätten (44). Insgesamt „verdienten“ diese Betriebe ca. 3 Mrd. Kcs, die jedoch von den Betrieben nicht investiert wurden (aus Unsicherheit, Ratlosigkeit usw.), sodaß die Investitionsrate dem Vorjahr gegenüber zurückging (unter enormem Zuwachs von Lagerbeständen (45); auch die Zahl der nicht vollendeten Bauvorhaben erhöhte sich):

Tabelle s. Ms. Seite 19

Die „objektivierende“ Rolle der GHP-Preiserhöhung und der in den Wirtschaftsreformen als Punkt 2 eingeführten Produktionsabgaben („objektivierend“ in dem Sinne, daß sie keine Rücksicht auf die Vorbedingungen und die Ausgangspositionen der einzelnen Betriebe nahmen), kombiniert mit der Dezentralisierung der Investitionspolitik auf der betrieblichen Ebene führte zu schwerwiegenden Konsequenzen in der Investitionsmittelverteilung:

– die GHP-Preiserhöhung bezog sich auf alle Unternehmen der Industrie der Abt. A und nun Wenigere der Abt. B und der nichtindustriellen Sektoren.

Da aber das bisherige Wirtschaftssystem ohnehin schon die Abt. A der Abt. B gegenüber präferierte und deswegen für die Produktionsmittelindustrie ungleich bessere Entwicklungsmöglichkeiten schuf (im Rahmen der Bedürfnisse der sowjetischen Wirtschaft der 50er Jahre), kamen die neuen Gewinne überwiegend denjenigen Betrieben zugute, die es am wenigsten notwendig hatten. Damit wurde die schon

-
- 41 Vgl. HN, (Fn 27), 5/1968, S. 1. Diese Maßnahme sollte vorläufig verhindern, daß sich die Nachteile der Wirtschaftsreformen direkt auf die Bevölkerung abwälzen, was eine Antireformstimmung hervorgerufen hätte.
- 42 Der Trend der Großhandelspreissteigerung sah nach drei Monaten wie folgt aus: Bergbau 52,5 %, Energie 34,6 %, Schwerindustrie 29 %, Chemieindustrie 46,5 %, Baugewerbe 40,2 %, dauerhafte Nahrungsmittel und Gebrauchsgüterindustrie 20,2 %, Gesundheitsdienst 13,9 %. Nach RP, (Fn 23) 4.4.1967, S. 3. Vgl. auch HN, (Fn 27) 9/1967, S. 3: der Trend hielt das ganze Jahr durch an: Maschinenbauindustrie 50 %. Der Plan sah eine Erhöhung um ca. 20 % vor.
- 43 D. h. diejenigen Unternehmen, die Güter für andere Unternehmen oder den Großhandel liefern: alle Betriebe der Abt. A, viele der Abt. B, keine der unproduktiven Sektoren. Vgl. auch die Steigerungsdaten in Anm. 42
- 44 Vgl. RP, (Fn 23), 28.9.1967; auch folgende Tabelle:
Tabelle s. Ms. Seite 30
- 45 Jährliche Veränderung der Lagerbestände in Mrd. Kcs:
Tabelle s. Ms. Seite 30 (2)
Quelle: HN, (Fn 27), 20/1967, S. 3 (+) HN 7.7.1967). Nach HN 7.7.1967 stieg der Wert der in Warenlagern liegenden Güter um zusätzliche 6 bis 7 Mrd. Kcs als nützlich wurden jedoch nur 2 bis 3 Mrd. Kcs bezeichnet

existierende ungleiche Verteilung der Investitionsmittel zwischen der Abt. A und der Abt. B im verstärkten Maße perpetuiert. Diese Tatsache stand aber im Widerspruch zu einem der Hauptziele der Wirtschaftsreformen: ein Gleichgewicht in der Produktion, angemessen der Konsumtion zu schaffen. Hier zeigte sich zum erstenmal in der Praxis die Ungeeignetheit der Marktmechanismen, eine schon vorhandene ungleiche Verteilung von Investitionen den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft angemessen neu zu gestalten: was bisher durch die subjektivistischen politischen Entscheidungen des Parteiapparats verursacht wurde, (z. B. die absolut unangemessene Präferenz der Abt. A), wurde von nun ab durch die „objektiven“ Marktmechanismen fortgesetzt (46).

- die „einheitlichen Produktionsabgaben“ ließen diejenigen Unternehmen derselben Branche mehr gewinnen, die schon sowieso „gut“, und benachteiligten diejenigen Unternehmen, die „schlecht“ waren. Damit „objektivierten“ sich Unterschiede, die durchaus subjektivistischen Ursprungs waren. Diese Tendenz, wenn sie konsequent durchgeführt werden sollte, mußte zur Schließung oder zum Bankrott vieler Unternehmen führen, die ohne eigene Schuld in die roten Zahlen geraten sind, wenn man nicht mal an diejenigen Betriebe denkt, die trotz ihrer möglichen passiven Bilanz gesellschaftlich notwendig sind und keineswegs wegen ihrer scheinbaren Unrentabilität geschlossen werden durften (z. B. Forschung, soziale Dienste, Verkehrswesen usw.). So spricht man 1968 über *ein Viertel* der ganzen Produktion, die durch streng durchgeführte Rationalisierung – d. h. durch die konsequente Anwendung der „ökonomischen Instrumente“ – liquidiert werden müßten (47).
- die unproduktiven Sektoren d. h. die Sektoren der Sozialleistungen wurden durch die GHPPreiserhöhung, die Festsetzung von Produktionsabgaben und durch die Überlassung der Investitionsentscheidungen einzelner Unternehmen (Punkt 3 der Wirtschaftsreformen) stark benachteiligt: man investiert ja nicht in Bereichen, die keinen Gewinn bringen (48).

46 Diese Tendenz setzt sich im Jahre 1968 fort:

Tabelle s. Ms. Seite 30 (3)

47 Nach Angaben des stellvertretenden Finanzministers Koudelka, in: HN, (Fn 27), 26/1968, S. 3

48 „Wer hat Betriebe bereichert und die Zuspitzung der inflationären Situation zugelassen? Wer spitzte den Widerspruch zwischen den Interessen der Betriebs- und gesamtgesellschaftlichen Sphären zu? Es war vor allem das neue Leitungssystem (Wirtschaftsreformen

Anm. des Verf.)... Im gesamten Kreis führten alle wirtschaftlichen Organisationen, geleitet vom Kreisnationalausschuß im Jahre 1966 in das Etat 274 Mio. Kcs und im Jahre 1967 nur 238 Mio. Kcs ab. Aber in die eigenen Betriebsfonds haben dieselben Organisationen im Jahre 1966 nur 30 Mio. Kcs und im Jahre 1967 schon 184 Mio. Kcs zugeteilt, was einen sechsmaligen Zuwachs darstellt. . . . Wer ist dafür verantwortlich, daß das Zentralorgan kein Geld für die Deckung von Grundbedürfnissen im Schulwesen, Gesundheitswesen und anderen Etatbereichen hat? . . . Es geht nicht um einen Neid, es handelt sich um gesamtgesellschaftliche Interessen und um das Symptom der Inflation. . . . Zumal sich so – ohne Arbeit, ohne Steigerung der Produktivität – diejenigen Betriebe bereichern, die es am wenigsten brauchen und die Sphäre der Konsumgüterindustrie, der Dienstleistungen und des Handels relativ verarmte“. Entnommen dem Offenen Brief an Prof. O. Sik, von J. Suba (Mitglied des Kreisnationalausschusses Südmähren), in HN, (Fn 27), 17/1968, S. 8; Vgl. auch Tab. S. 20.

- die Entwicklungsgebiete der CSSR, in denen ziemlich neue Industrieanlagen gebaut worden waren, wurden durch diese Maßnahmen der Wirtschaftsreformen benachteiligt, denn sie mußten von den investierten Mitteln mehr abführen als die „alten“, längst amortisierten Unternehmen. Damit wurde am meisten die slowakische Industrie betroffen: so sank die Rentabilität der slowakischen Betriebe von 14,05 % (1966) auf 12,83 % (Mitte 1967) (49). Die Gewinne der slowakischen Unternehmen waren viel niedriger als die der alten tschechischen, was sich auch im Rückgang des Investitionsanteils der Slowakei ausdrückte: statt geplanten 28 % sank dieser Anteil auf 21,9 % (50).

Nur durch zentrale administrative Eingriffe wurde diese Tendenz verlangsamt. (Hierin sind auch die Gründe zu suchen, warum die slowakische technische Intelligenz kein großes Interesse an den Wirtschaftsreformen zeigte und sogar oft dagegen war (51).

- außer diesen unsozialen Tendenzen, die jedoch erst auf lange Sicht zu Auswirkungen auf die Bevölkerung geführt hätten, bewirkte die Wirtschaftsreform auch einen Trend, der direkt massenpolitische Wichtigkeit besaß: eine starke Tendenz zur *Inflation*. Aufgrund der hohen Gewinne der Unternehmen stiegen (differenziert nach Bereichen) auch die Löhne, und zwar schneller als die Arbeitsproduktivität:

Tabelle s. Ms. seite 21

So nahmen die persönlichen Einnahmen um 5,5 Mrd. Kcs zu, wogegen die Versorgung mit Konsumgütern um 3,0 Mrd. Kcs hinter dem Plan zurückgeblieben ist (52). Auch die ständige Steigerung der Lagerbestände verstärkte die inflationäre Tendenz. In der ersten Hälfte des Jahres 1967 wurde zwar die Produktion um 5,6 % gesteigert, im Endverkauf jedoch nur um 2 % mehr Güter verkauft als im Vorjahr (53).

- die *Lohndifferenzierung* wurde nicht durch bestimmte Relationen zwischen verschiedenen Berufsgruppen erreicht – für Ende 1967 ergibt sich zwischen dem Mindestlohn eines unqualifizierten Arbeiters und dem reinen Grundgehalt eines Betriebsdirektors eine Relation 1 : 1,5 –, sondern die wirklichen Unterschiede entstanden aufgrund der Leistungsanreize und verschiedenen Privilegien, die in den Wirtschaftsreformen in erster Linie auf Angestellte, speziell auf Wissenschaftler und Techniker ausgerichtet wurden (54). Trotzdem ist es wichtig zu wissen, daß seit 1966 die Durchschnittslöhne (1967) der Ingenieure und Techni-

49 Pravda (Bratislava), 10.6.1967

50 Dubcek in seiner Rede vor dem ZK, in RP, (Fn 23), 29.6.1967, S. 3

51 Ein großer Teil der informierten Kreise der slowakischen Bevölkerung sah in den Wirtschaftsreformen eine neue Art der aus der Zeit der bürgerlichen Republik traditionellen Ausbeutung der Slowakei durch die tschechische Regierung. Dieses Gefühl ließ eine starke Welle des latenten slowakischen Nationalismus entstehen, so daß sich die Aktivitäten in der Slowakei weitgehend auf das Erreichen der politischen Föderation als auf eine Veränderung des ökonomischen Systems konzentrierten.

52 CTK (Tschechoslowakische Presseagentur), 30.8.1967

53 Strouga im ZK-Plenum 26.–27.9.1967, zit. nach Osteuropäische Rundschau, 11/1967,

54 Vgl. Kosta/Meyer/Weber, (Fn 28), S. 210

ker um 5,2 %, die der Verwaltungsangestellten um 6,2 % und die der Arbeiter um 1,4 % stiegen (55).

In dieser Situation ist es nur verständlich, daß man unter den Fachleuten nicht nur Befürworter der Wirtschaftsreformen findet, die auf die weiteren Schritte zu deren Realisierung drängten (es handelte sich nun um die Anpassung der Preise an den internationalen Markt, Aufhebung des Außenhandelsmonopols und die Reform der Einzelhandelspreise), sondern auch nüchterne Stimmen oder sogar scharfe Kritiker der bisherigen Wirtschaftsreformen. Man kann sagen, daß (Stand Mitte 1968) *Fachleute der Praxis* (direkt in Betrieben, die nicht zu den „auserwählten“ gehören; bei den lokalen Investoren, z. B. den Nationalausschüssen) und die *Verantwortlichen im „Zentrum“* (es handelt sich längst nicht mehr um die alten unqualifizierten Bürokraten, sondern um Reformen) sehr besorgt und vorsichtig auf die Ergebnisse und Auswirkungen der Wirtschaftsreformen im Jahre 1967 reagieren (vgl. Anm. 48), wogegen die *theoretischen Fachleute*, die direkt keine Verantwortung trugen und die eine wissenschaftliche „Beratungsstelle“ innerhalb der Leitungsstrukturen der Wirtschaft innehatten (Sik & Co.) sehr dogmatisch und arrogant auf die weitere rücksichtslose Durchführung der Wirtschaftsreformen und Einführung aller „ökonomischen Instrumente“ drängten.

So finden die Reformen Widerstand gegen die Wirtschaftsreformen „unten und oben“ (56) innerhalb der Fachkreise, und Unentschlossenheit und Laxheit innerhalb der Bevölkerung. („Für euch (!) ist alles fortschrittlich, neu, nützlich. Aber ich weiß nicht, was wirklich fortschrittlich und neu ist, wie es meine Arbeit beeinflussen wird, mein Einkommen, das Leben meiner Familie“ (57).

Wenn es trotz dieses Mißtrauens zu den Wirtschaftsreformen doch zu keinen spontanen Aktionen der Werktätigen größeren Maßstabs (58) gekommen ist, dann nur deswegen, weil man:

55 RP, (Fn 23) 20.7.1967

56 Das prominente Reformerteam Horálek, Sokol, Kozusnik und Turek drückt das „worum es geht“ so aus: „Wir streben eine Renaissance des Marktes; mit seinen objektiven Kriterien als die ökonomische Wahrheit an“. Gleichzeitig müssen diese Reformen sich jedoch beschweren, daß man die zentralen Eingriffsmöglichkeiten, die in den WR nur als Ausnahmen vorgesehen wurden, zum „regelmäßigen Ersatz für die ökonomischen Instrumente“ werden läßt, daß „von oben als auch von unten (!) starke Bestrebungen wirken“, die die Wirtschaftsreformen so „deformieren“ wollen, daß die alte Struktur vorherrsche. Die Reformen geben offen zu, daß „der bisherige Einfluß des neuen Systems bestimmte Enttäuschungen mit sich brachte, manchmal sogar vollkommene Ernüchterung für die Betriebsbelegschaften vorbereitete“. Man hatte „den Vertrauenskredit der Betriebswerk-tätigen, der am Anfang der Reformen hier war, nach einem Jahr des Fungierens der neuen Maßnahmen teilweise verloren“ und es sei notwendig, ihn wiederherzustellen. Man könne sogar beobachten, daß „bestimmter Verlust des Vertrauens der Betriebswerk-tätigen in das neue System in unserer Gesellschaft in einen Verlust des Vertrauens der Bürger allgemein überwächst“. (Nach HN, (Fn 27), 14/1968, Beilage Entwurf einer Konzeption der weiteren Entwicklung des ökonomischen Leitungssystems).

57 Brief eines Arbeiters an Reporter, 17.11.1967, zit. nach Altwater/Neusüss, (Fn 25), S. 47

58 Es soll lokale Streiks gegeben haben, siehe Pravda, Some Aspects of the Czechoslovak Economic Reform and the working Class in 1968, in Soviet Studies, Glasgow 1973.

- einerseits die Unzufriedenheit mit der ökonomischen Situation seit Anfang 1968 durch die Erwartungen und Aktivitäten auf dem politischen Feld kompensieren konnte
- andererseits, weil die Wirtschaftsreformen von Anfang an als Kritik des bisherigen undemokratischen Systems auf dem ökonomischen Feld begriffen und konzipiert wurden, sodaß sie der allgemein oppositionellen Stimmung der Bevölkerung sympathisch waren. Dazu wurden in der ersten Etappe der Wirtschaftsreformen absichtlich nur diejenigen Schritte gemacht, die kurzfristig keinen großen Ärger bei den Werktätigen hervorrufen konnten (59).

Wie die Massen reagiert hätten, wenn man die „ökonomischen Instrumente“ hätte so wirken lassen, wie es in der Theorie vorgesehen worden war, konnte man dem Verhalten der polnischen Arbeiter 1969–1970 entnehmen. Denn die Folgen einer Einführung des Marktgesetzes fast ohne Einschränkung in die tschechoslowakische Wirtschaft hätte bedeutet:

- im Bauwesen eine enorme Steigerung der Mieten
- in der Landwirtschaft Steigerung der Preise der Agrarprodukte um durchschnittlich 50 %
- im Dienstleistungssektor weitere Preissteigerung
- Liquidierung von ca. 25 % aller Betriebe der Produktion (60).

Unter solchen Umständen und mit der politischen Aktivität, die sich die tschechoslowakischen Werktätigen im Verlauf des Jahres 1968 zu eigen gemacht haben, wäre der Widerstand gegen solche technokratischen Vorstellungen vom Sozialismus wahrscheinlich genauso gesamtgesellschaftlich und genauso gut organisiert gewesen, wie es der Widerstand gegen die Okkupationstruppen gewesen war.

Aus dieser Sicht erweist sich die – heute so scheinbar eindeutige und untrennbare – Gemeinsamkeit des Prager-Frühlings (als Massenbewegung) und der *Wirtschaftsreformen* als eine optische Täuschung (61).

59 Vgl. Kosta/Sláma, (Fn 20), S. 117; vgl. die Rücknahme der Reform der Einzelhandelspreise von 1966 (S. 13); vgl. HN 17/1968, S. 1 und HN 26/1968, S. 3 usw.

60 Zitiert nach: Koudelka (stellvertretender Finanzminister der neuen Regierung), Vom Modell zur Wirtschaftspolitik, in HN, (Fn 27) 26/1968, S. 3

61 Allerdings haben die engagierten Reformer diesen Unterschied nicht ganz übersehen – und wenn, dann nur deswegen, weil es opportun war. So schreiben z. B. Kosta/Sláma über den politischen Massencharakter des Prager Frühlings: „Dieser Prozeß hatte jedoch aus der Sicht der Chancen der ökonomischen Reform auch seine Nachteile. Die eindeutige *Priorität der Politik von der Ökonomik* (hervorgehoben im Original – Anm. der Verf.) wurde zweifelsohne durch den spontanen Ausdruck der Bevölkerung im Prager Frühling hervorgerufen, und diese Priorität wurde auch von den Repräsentanten der ökonomischen Front voll respektiert. Man könnte nämlich erwarten, daß eine erfolgreiche politische Demokratisierung die Tür öffnet, die für eine konsequente Realisierung der ökonomischen Reform noch teilweise geschlossen war. Gleichzeitig scheint es uns aber, daß dieser Zugang zu einer bestimmten Vernachlässigung konkreter wirtschaftspolitischer Konzeptionen nach dem Januar 1968 führte“. Kosta/Sláma, (Fn 20), S. 118

3. Zur Eigendynamik der Massenbewegung von 1968

Die Notwendigkeit der Wirtschaftsreformen und die Wirtschaftsreformen selbst waren es nicht, die den Motor der politischen Massenbewegung von 1968 ausmachten – auch, wenn sie einen der ersten Anlässe (ein anderer Anlaß: Forderung nach Rehabilitation) zur *offiziellen* d. h. von der Partei getragenen Kritik am bisherigen System geliefert hatten. Man kann sogar sagen (siehe Teil 2.) daß die Ziele der Massenbewegung und die der Wirtschaftsreformen sich tendenziell widersprachen.

Die Antwort auf die Fragen nach der Entstehung der *Dynamik* der politischen Massenbewegung ist also außerhalb des Bereichs der Wirtschaftsreformen zu suchen. Die engagierten Wirtschaftsreformer sahen diese Massenbewegung von 1968 nicht sehr gerne (für sie war sie eine Bewegung von Massen unqualifizierten Laien), haben jedoch verstanden, daß diese Bewegung

- die alten bürokratischen Funktionäre abzusetzen helfen und dadurch die Tür für die Wirtschaftsreformen voll öffnen (62) kann
- die zu erwartenden unpopulären Folgen der Wirtschaftsreformen durch Erkämpfung von politischen Freiheiten zu neutralisieren vermag.

In der tschechoslowakischen Wirklichkeit von 1968 erwies sich die These von Kuron und Modzelewski als wahr (63), die besagt, daß die Bürokratie, die Technokratie und das Proletariat (64) sich in einem Dreieckverhältnis bewegen, in dem je zwei beliebige Gruppen zu vorläufigen Bündnispartnern im Kampf gegen den Dritten werden können, obwohl alle drei Gruppen grundsätzlich verschiedene Interessen langfristig verfolgen.

So verbanden sich in der Phase 1967–69 die technokratischen Reformer mit der Masse der Werktätigen gegen die konservativen Teile des bürokratischen Parteiapparats, ohne jedoch die Ziele der Massenbewegung zu übernehmen. Nach der endgültigen Niederlage der Massenbewegung durch die Folgen der Okkupation sucht jetzt die neue Spitze des Parteiapparats sich die Fachleute in der Produktion zum Partner zu machen, indem man ihnen Privilegien anbietet (65).

62 Kosta/Sláma, (Fn 20), S. 118; Vgl. Fw 61.

63 Kurofi/Modzelewski, Monopolsozialismus (offener Brief an die PVAP), Hamburg 1969, S. 35 ff.

64 Drei Kurzformeln für a) den Teil der Parteifunktionäre, deren Machtposition ausschließlich in der Beibehaltung des hierarchischen zentral-bürokratischen Planungssystems fußt, b) die Gruppe der Betriebsmanager und Wirtschaftsfachleute samt ihrer politischen Vertreter, die im zentralen Plan zunehmend eine unangebrachte Einschränkung ihrer eigenen Aktivitäten sagen und die auf immer breitere Selbständigkeit „ihrer“ Betriebe drängen, c) als Proletariat wird die Masse der direkten Produzenten und auch Nicht-Produzenten (wie z. B. künftige Produzenten d. h. Studenten u. a.) bezeichnet, die keine oder ganz geringfügige Machtbefugnisse besitzen.

65 Vgl. GIM, Der sogenannte XIV. Parteitag, Berlin 1970, nachgedruckt in CSSR Fünf Jahre „Normalisierung“, Hamburg 1973

Wie entwickelte sich jedoch die Massenbewegung selbst?

Seit 1967 erweiterte sich langsam das Feld der kritischen offiziellen Auseinandersetzung mit dem zentral-bürokratischen Planungssystem um die politische Problematik. Von den zunächst benachbarten Gebieten (Journalistik, Philosophie, Kunst) ausgehend eskalierte sich die Diskussion über eine Demokratisierung auf alle gesellschaftlichen Gebiete. Von den Forderungen der Schriftsteller auf dem Schriftstellerkongreß im Juni 1967 nach der Freiheit der literarischen Tätigkeit, über die studentischen Forderungen nach einer besseren Ausbildung, nach grundlegenden politischen Rechten für alle Gesellschaftsmitglieder und nach der Durchsichtigkeit von Entscheidungs- und Kontrollfunktionen (66) führt der Weg in die Fabriken, wo die Studenten über die Demokratisierungsforderungen mit Arbeitern diskutierten. Dieser Prozeß entwickelte eine von den Wirtschaftsreformen unabhängige Eigendynamik und dadurch auch eine neue Qualität, indem die Diskussion:

- zum Gemeingut von breiten Bevölkerungsschichten wurde und weitgehend außerhalb der KPC geführt wurde (67). (Die Partei mußte sich ab nun bemühen, so zu handeln, daß sie nicht mit den schnell anwachsenden Aktivitäten der Bevölkerung zu sehr in Konflikt gerät)
- in *praktische* Tätigkeit überwächst (Demonstrationen, Streiks Organisationsgründungen, Rätebildung etc.)

In dieser Demokratisierungsbewegung figurierten zwar die Wirtschaftsreformen immer noch als ein Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Veränderungen, sie wurden jedoch nicht mehr als erstrangig angesehen, entsprechend den Interessen der Beteiligten (68).

Zu den wichtigen praktischen Tätigkeiten der Werktätigen gehörte ihre Aktivität im Produktionsbereich, nämlich die Bildung von Räten der Werktätigen.

66 Vgl. Manifest der Prager Jugend zur Frage von Partei und Gesellschaft, aufgenommen auf einer Kundgebung in Prag im März 1968 wurde u. a. beschlossen zu fordern:

1: Aufhebung aller Formen der Zensur . . .

2: Novellierung des Vereins- und Versammlungsgesetzes . . .

3: Abänderung der Durchführungsverordnungen über die Ausgabe von Pässen und Ausreisewisen

Zit. nach CSSR-Dokumentation, (Fn 8) S. 182

67 Auch Parteimitglieder standen außerhalb der Legalität der Partei, wenn sie sich an dieser Diskussion beteiligten: vgl. z. B. Rede L. Vaculiks auf dem Schriftstellerkongreß: „Ich spreche hier als Bürger eines Staates . . . Ich habe staatsbürgerliche Angelegenheiten im Sinne, befinde mich aber in einer peinlichen Situation; ich bin gleichzeitig Mitglied der KP und darf und will also hier nicht über Parteiangelegenheiten sprechen . . .“ Zit. nach CSSR-Dokumentation, (Fw 8, S. 35; Vgl. auch Dubceks Rede am 28. März im ZK-Plenum: „Ein besonderes Merkmal der gegenwärtigen Entwicklung besteht darin, daß ihr Tempo von einer schöpferischen und gleichzeitig spontanen Aktivität der von Kommunisten geführten breiten Massen bestimmt wird . . . Wir (d. h. die Mitglieder der KSC) wollen diese Welle nicht fürchten, sondern von ihr lernen . . . Wir müssen an der Spitze der weiteren Entwicklung der Demokratie stehen . . .“ zit. ebenda, S. 200

68 Vgl. die Forderungen der Schriftsteller, Studenten, 2 000 Worte etc.

Es waren zwei unterschiedliche Faktoren, die zur Entstehung dieser Räte ab Mai 1968 geführt hatten und die auch ihren Charakter prägten:

- das immer stärker werdende politische Bewußtsein der Werktätigen, die neue Formen der Entscheidungsstrukturen suchten
- das Interesse der Reformer, einerseits die Aktivität der Werktätigen für das Engagement in der Produktion auf der *betrieblichen Ebene* zu steigern und auszunutzen (69), andererseits – und dies war für die Reformer angesichts der Gefahr einer Okkupation sehr wichtig – die neue Wirtschaftspolitik auf eine breite und proletarische Massenbasis zu stellen.

So wohnte den Räten der Werktätigen auf der betrieblichen Ebene, wie sie 1968/69 in der CSSR entstanden Doppelcharakter inne: auch wenn man entsprechend der Untersuchung von Milos Barta (70) behaupten kann, daß die „Betriebsräte der Werktätigen zweifelsohne wirklich von unten entstanden“, und dadurch einen klaren sozialistischen Charakter trugen, darf man nicht vergessen, daß es sich bei dieser Form ausschließlich um Betriebs selbstverwaltung handelte, die für die Ziele der technokratischen Wirtschaftsreformen ausgenutzt werden konnten und sollten (71).

Trotz dieser Einschränkungen, die man gerechterweise zu der Rätebewegung von 1968–69 einführen muß, wurde ab Sommer 1968 klar, daß die Massenpolitisierung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu keiner anderen gesamtgesellschaftlichen Organisationsform tendierte, als zu der der Selbstverwaltung. Die verschiedensten Organisationen, die die Interessen von verschiedenen Schichten und Gruppen vertraten, die Aktivitäten in den Gewerkschaften, die Diskussionen der Studenten mit Arbeitern (72) und schließlich auch die wenigen theoretischen Ansätze, die auf die ursprüngliche Sowjet-Form des Sozialismus zurückgriffen (73), wie

-
- 69 Das Desinteresse der Arbeiter an ihrer Arbeit ist hauptsächlich das Erbe des alten zentralistisch-bürokratischen Planungssystems; aber auch die Wirtschaftsreformen haben einen Teil dazu beigetragen (ungerechte Begünstigung der „besseren“ Betriebe, Denivellierung der Löhne etc.). Die ersten Versuche der produktionsorientierten Ausnutzung der Arbeiterinitiative im Betrieb fielen in das Jahr 1965–66, also mit dem Anfang der WR zusammen.
- 70 Milos Barta, Betriebsräte der Werktätigen als eine Massenbewegung, in: Odbery a spolecnost (Gewerkschaften und Gesellschaft), 4/1969, S. 54 ff. In diesem Artikel findet man auch wichtige Angaben über die soziologische Zusammensetzung der Räte und deren Wähler.
- 71 Vgl. z. B. das jugoslawische Rätssystem, das weitgehend den tschechoslowakischen Reformern als Vorbild diente.
Es gab jedoch auch schon konkrete Schritte, die zu einer nationalen Koordination der Betriebsräte hinführten: auf einer Sitzung der Rätedelegierten aus der ganzen Republik in Pilzen am 9.–10. Januar 1969 wurde die Gründung eines nationalen Koordinationsrates der Arbeiterräte vorgeschlagen; dieser sollte die Aktivitäten der Arbeiterräte horizontal miteinander verbinden.
- 72 Vgl. Jan Kavan, Czschoslovakia 1966: Workers and Students, in: Critique N. 2. Glasgow 1974, S. 67 f.
- 73 Vgl. die Tschechischen Zeitschriften: Reporter 1968/69, Literar-Listy 196, Texte des Prager Clubs in: Rotbuch 4., Texte HRM (RSS) (in: Rotbuch 4) usw.